



Deutsch-französische Union für Europa?

Nach den negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden überraschte der neue französische Premierminister **Dominique de Villepin** in seiner Regierungserklärung vom 8. Juni 2005 mit dem Vorschlag, gewissermaßen als Ersatz für eine ganz Europa umfassende Integration die Partnerschaft mit dem deutschen Nachbarn dahingehend zu vertiefen, dass eine „Union mit Deutschland in bestimmten ausgewählten Bereichen“ entstünde. Dabei ist die Idee einer deutsch-französischen Union nicht neu.

Historische Vorbilder

Anfang des 19. Jahrhunderts veröffentlichten Claude-Henri de Saint-Simon und Augustin Thierry ihre Vision einer „**europäischen Avantgarde**“, wobei auch sie unter anderem auf Pläne und Friedensschriften von Sully aus der Zeit des Dreißigjährigen Krieges, aber auch auf Überlegungen von Kant oder St. Pierre aus dem 18. Jahrhundert zurückgreifen konnten. Thierry und Saint-Simon präsentierten mit ihrem Modell, das im späteren Europa-Diskurs den Namen „Kerneuropa“ annehmen sollte, ein Konzept, das den zwei bisherigen Europa-Modellen, der Hegemonie eines einzelnen und einem Gleichgewicht aller Staaten, diametral entgegenstand. Die Kerneuropa-Idee überschneidet sich in der Folge mit der einer deutsch-französischen Union, auch wenn Thierry und Saint-Simon zunächst eine Assoziation Frankreichs mit England im Auge hatten.

Der unter dem Protektorat Frankreichs gegründete **Rheinbund (1806-1813)** hätte als erste Verwirklichung einer deutsch-französischen Union angesehen werden können. Dieser völkerrechtliche Zusammenschluss 16 selbständiger deutscher Staaten mit Frankreich, die damit aus dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation ausschieden, sah weitreichende Solidaritäts- und Beistandspflichten vor. Ursprünglich sollte der Rheinbund auch eine Verfassung und gemeinsame Staatsorgane erhalten. Noch 1806 berief der Fürstprimas Dalberg, der eine dem Reichskanzler vergleichbare Stellung innehatte, einen Bundestag ein, der jedoch nie zusammentrat. Die Dominanz Frankreichs über diesen Bund deutscher Fürsten verhinderte jegliche Vertiefung, so dass der Rheinbund schlussendlich nur ein Instrument blieb, die Hegemonieansprüche Napoleons I. durchzusetzen.

In allen folgenden Epochen gab es Stimmen, die eine enge politische Verbindung zwischen den beiden „Erbfeinden“ einforderten, da der Antagonismus zwischen Frankreich und Deutschland als der Grundkonflikt in allen großen kriegerischen Auseinandersetzungen in Europa, vom Dreißigjährigen Krieg über den spanischen Erbfolgekrieg, die Napoleonischen Feldzüge, den deutsch-französischen Krieg bis hin zu den beiden Weltkriegen, angesehen wurde. So sprach sich auf deutscher Seite Ludwig Börne, der zusammen mit Heinrich Heine eine Mittlerposition zwischen den beiden Ländern einnahm, 1832 für eine „**Einigkeit Frankreichs und Deutschlands**“ aus. Auf französischer Seite tat dies Victor Hugo, der vor der französischen Nationalversammlung 1871 forderte, dass Deutschland und Frankreich „in Zukunft ein einziges Volk bilden“ sollten, „eine einzige Republik“.

Aber erst nach dem zweiten Weltkrieg kam es schließlich zu einer tragfähigen politischen Annäherung zwischen den beiden Nachbarstaaten. Für Konrad Adenauer stand die Kooperation

mit dem französischen Nachbarn im Zentrum seiner Außenpolitik, die Unterzeichnung des **Elysee-Vertrages** im Januar 1963 besiegelte die deutsch-französische Freundschaft schließlich feierlich und offiziell. Parallel dazu gewann mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EKGS) 1951 der Gedanke der europäischen Integration an Kontur. Die deutsch-französische Union war damit zwar zunächst aus dem Europa-Diskurs verschwunden, die Partnerschaft der beiden Länder nahm jedoch innerhalb der europäischen Gemeinschaften stets einen besonderen Stellenwert ein.

Der „deutsch-französische Motor“ in der EU

Von dem Zeitpunkt an, von dem die europäischen Gemeinschaften sich um neue Mitglieder erweiterten, wurde jedoch wieder auf die Idee eines Kerneuropas zurückgegriffen, beziehungsweise auf ein „**Europa der zwei Geschwindigkeiten**“, wie es nun oft genannt wurde. Schon 1994 hatten die CDU-Politiker Wolfgang Schäuble und Karl Lamers ihr Konzept eines **Kerneuropas** vorgestellt, in dem Deutschland und Frankreich wiederum eine Voreiterrolle zukommen sollte. Damals hatte die Pariser Regierung diesen Vorschlag noch abgelehnt, da man darin den Versuch sah, Frankreich von den anderen romanischen Ländern zu trennen.

Die Debatte wurde im Jahr 2003 wieder aufgegriffen, als die Erweiterung der EU um zehn neue Mitglieder unmittelbar bevorstand und die unterschiedliche Positionierung der europäischen Länder zum Irak-Krieg einen tiefen Riss offenkundig werden ließ. Jürgen Habermas und Jaques Derrida bewerteten den Irak-Krieg als Katalysator eines Gegensatzes zwischen Ländern, die eine weitere Integration befürworten würden, und denen, die nicht über die bestehende hinaus wollten. Sie forderten ein „avantgardistisches Kerneuropa“, mit Frankreich und Deutschland als Motor, das dem Rest der EU mit weiteren Integrationsschritten vorausgehen sollte. Nach der Irak-Krise griff Dominique de Villepin, damals noch Außenminister Frankreichs, diesen Vorschlag auf. Im November 2003 präsentierte er im Pariser Denkerzirkel „En Temps reel“ erstmals seine Idee einer „Union mit Deutschland in bestimmten ausgewählten Bereichen“. Der „**deutsch-französische Bund**“ sollte sich auf jene Bereiche konzentrieren, für die es weder eine europäische noch eine ausschließliche Zuständigkeit der Bundesländer gebe: **die Verteidigungs- und Außenpolitik sowie die Forschungs- und Sozialpolitik**.

Der Vertrag von Nizza, der 2003 in Kraft trat, weist mit seinen Bestimmungen zu einer „verstärkten Zusammenarbeit“ bereits in diese Richtung. Auch bisher gibt es innerhalb der EU gesonderte Zusammenschlüsse, denen nicht alle EU-Staaten beigetreten sind, etwa der Schengen-Kreis oder die Euro-Zone. Doch ob eine deutsch-französische Union wirklich die Lösung der derzeitigen europäischen Krise ist, wird von vielen Seiten bezweifelt. Nicht nur scheinen die politischen Systeme der beiden Ländern für eine tief greifende Konföderation kaum kompatibel zu sein. Sie könnte auch eine Gegenreaktion der anderen europäischen Länder zur Folge haben, mit Konsequenzen bis hin zu einer institutionellen Spaltung Europas.

Quellen:

- Regierungserklärung von Premierminister Dominique de Villepin vor der französischen Nationalversammlung am 8. Juni 2005, <http://www.premier-ministre.gouv.fr/de>
- Seibt, Gustav, Freundliche Übernahme. Dominique de Villepin und die Geheimnisse Europas, in: „Süddeutsche Zeitung“, vom 10. Juni 2005
- Lützeler, Paul-Michael, „Seien wir eine Republik“. Europas Intellektuelle setzen auf Kerneuropa. Doch was das ist bleibt vage, in: „Die Welt“, vom 4. Juni 2003
- Habermas, Jürgen/Derrida, Jaques, Die Wiedergeburt Europas. Plädoyer für eine gemeinsame Außenpolitik- zunächst in Kerneuropa, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 48 (2003), 7, S.877-881
- Axt, Heinz-Jürgen, Mittellage oder Kerneuropa: Perspektiven deutsch-französischer Beziehungen, in: Europäische Rundschau. Vierteljahresschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte, 24 (1996), 1, S.109-123.

Verfasser: ORR Jan Schlichting, Prakt. Jan Schubert, Fachbereich Europa